

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

OA Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Geheimhaltungsstufe	INTERN
Dokumentenart	Organisationsanweisung
Dokumentennummer	OA.AS.0200
Geltungsbereich	EINS GESAMT, INETZ GESAMT
Sparte/Medium/Standort	
Managementsystem	
Schlagworte	Arbeitssicherheit, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, BGM
Bemerkungen	

Inhalt

- 1 Ziel und Zweck
- 2 Geltungsbereich (sachlich)
- 3 Mitgeltende Unterlagen
- 4 Grundsätzliches
- 5 Rechte und Pflichten der Beschäftigten
- 6 Aufbauorganisation Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
 - 6.1 Übertragung von Unternehmerpflichten, Beauftragungen und Aufsichtspflichten
 - 6.2 Fachkraft für Arbeitssicherheit
 - 6.3 Sicherheitsbeauftragte
 - 6.4 Befähigte Personen
 - 6.5 Betriebsarzt
 - 6.6 Arbeitsschutzausschuss (ASA)
- 7 Aufgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz
 - 7.1 Nutzung von Arbeitsmitteln, technischen Einrichtungen und Objekten
 - 7.2 Gefährdungsbeurteilungen Arbeitsmittel und Arbeitsstätten
 - 7.3 Gefährdungsbeurteilungen Arbeitsplätze und Tätigkeiten
 - 7.4 Technologien und Arbeitsmittel mit erhöhter Gefährdung
 - 7.5 Umgang mit Gefahrstoffen
 - 7.6 Sicherheits- und Schutzausrüstungen
 - 7.7 Vorsorgemaßnahmen
 - 7.7.1 Arbeitsmedizinische Vorsorge
 - 7.7.2 Persönliche Schutzausrüstung (PSA)
 - 7.7.3 Lärmschutz/Lärmkataster
 - 7.7.4 Verbot von Alkohol und Rauschmitteln, Nichtraucherchutz
 - 7.8 Verkehrssicherungspflicht
 - 7.9 Unterweisungen
 - 7.10 Erste Hilfe und Maßnahmen bei Unfällen Arbeitsunfälle
 - 7.10.1 Gewährleistung Erste Hilfe
 - 7.10.2 Unfallereignisse und Berufskrankheiten
 - 7.10.3 Untersuchung von Unfällen und besonderen Vorkommnissen
 - 7.11 Dokumentation
- 8 Zusammenarbeit mit den Aufsichtsorganen

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

- 9 Prozessverantwortung
- 10 Inkraftsetzung

1 Ziel und Zweck

Das vorliegende Dokument beschreibt die grundlegenden Funktionen, Zuständigkeiten und Abläufe für Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz, zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Unfallverhütung.

Die Regelungen dienen dem Ziel, die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz durch übersichtliche und eindeutige Regelungen sowie durch die aktive Mitwirkung aller Beschäftigten ständig zu verbessern und so zur Vermeidung von Unfällen und Verletzungen sowie störungsbedingten Ausfällen beizutragen.

2 Geltungsbereich (sachlich)

Dieses Dokument gilt für alle Prozesse, Systeme, Objekte, Anlagen und Mitarbeiter von **eins** und inetz in Bezug auf die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz.

Die Verantwortlichkeiten folgen den jeweilig in den beiden Unternehmen festgelegten Strukturen und Führungsfunktionen. Im Rahmen der Prozess- und Strukturverantwortung liegen diese dabei, sofern keine anderen Festlegungen erfolgen, bei den Hauptabteilungen von **eins** und den Abteilungen der inetz und im Zuge der Übertragung von Unternehmerpflichten bei deren Führungskräften.

3 Mitgeltende Unterlagen

Die einschlägigen normativen, rechtlichen und behördlichen Vorgaben (Gesetze, Verordnungen) sind zu beachten.

gesetzliche Vorschriften

- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und die nachgeordneten Verordnungen
- Baustellenverordnung (BaustellV)
- PSA-Benutzungsverordnung (PSA-BV) und Lasthandhabungsverordnung (LasthandhabV)
- Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung (LärmVibrationsArbSchV)
- Arbeitsmedizinische Vorsorge-Verordnung (ArbMedVV), nachgeordnete Arbeitsmedizinische Regeln (AMR) und berufsgenossenschaftliche Informationen
- Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) sowie nachgeordnete Verordnungen
- Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) sowie nachgeordnetes Regelwerk (TRBS)
- Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) sowie 7. Buch des SGB „Gesetzliche Unfallversicherung“
- Unfallverhütungsvorschriften, Grundsätze, Regeln und Informationen der BG
- Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) sowie nachgeordnete Richtlinien (ASR)
- Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) und nachgeordnetes Regelwerk (TRGS)
- Biostoffverordnung (BioStoffV) und nachgeordnetes Regelwerk (TRBA)
- Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
- Mutterschutzgesetz (MuSchG)

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

sowie angrenzende Bestimmungen in der jeweils gültigen Fassung. Einzelne Punkte dieser OA werden durch Organisationsanweisungen und Richtlinien bzw. Formblätter untersetzt:

- [OA Gefährdungsanalyse für Alleinarbeitsplätze](#)
- [RI Bereitstellung und Nutzung von persönlichen Schutzausrüstungen sowie speziellen persönlichen Arbeitshilfen](#)
- [RI Arbeitsmedizinische Vorsorge](#)
- [RI Eignungsuntersuchungen](#)
- [RI Erteilung betrieblicher Berechtigungen](#)
- [RI Einsatz von Aufsichtsführenden](#)
- [OA Unfallereignisse und Berufskrankheiten](#)
- [OA Erste Hilfe](#)
- [RI Alkohol- und Rauschmittelverbot](#)
- [OA Umgang mit Asbest - Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten \(ASI-Arbeiten\)](#)
- [OA Umgang mit KMF \(künstliche Mineralfasern\)](#)
- [RI Beschaffung von Gefahrstoffen und von Persönlichen Schutzausrüstungen \(PSA\)](#)

Weitere untersetzende Regelungen und Dokumente sind im Unternehmenshandbuch hinterlegt.

Interne Dokumentationen sind in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Die Belange des Strahlenschutzes sind in einer gesonderten Strahlenschutzanweisung (Organisationsanweisung ARCHIVIERT OA Umgang mit ionisierender Strahlung) geregelt, in der auch die mitgeltenden gesetzlichen Bestimmungen benannt sind.

4 Grundsätzliches

Die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit aller Beschäftigten, Kunden und Gäste im Unternehmen, die ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze sowie die Vermeidung von Störungen und Havarien sind Grundprinzipien der Unternehmensstrategie. Dafür werden von der Unternehmensleitung alle erforderlichen Mittel und Maßnahmen bereitgestellt bzw. getroffen.

Als gesetzliche Unfallversicherung ist die Berufsgenossenschaft ENERGIE TEXTIL ELEKTRO MEDIENERZEUGNISSE (BG ETEM) zuständig.

eins energie in sachsen GmbH & Co KG hat bei der BG ETEM die Mitgliedsnummer 40250456, inetz GmbH hat bei der BG ETEM die Mitgliedsnummer 40296575.

5 Rechte und Pflichten der Beschäftigten

Jede/r Beschäftigte hat das Recht und die Pflicht, sich aktiv an der Gestaltung und Erhaltung von sicheren und gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Diese Mitwirkung beinhaltet u.a. die Teilnahme an Unterweisungen, die Einhaltung von betrieblichen Regelungen und Anweisungen, die Meldung von Mängeln, das Unterbreiten von Vorschlägen zur Verbesserung des Arbeitsumfeldes und den sachgerechten und pfleglichen Umgang mit betrieblichen Einrichtungen und übergebenen Ausrüstungen.

Jede/r Beschäftigte hat das Recht, sich bei Mängeln oder Problemen zum Arbeits-, Brand- und Umweltschutz an seine zuständige Führungskraft oder den/die bestellte/n Sicherheitsbeauftragte:n zu wenden. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Sicherheitsfachkräfte, den Betriebsarzt/die Betriebsärztin oder den Betriebsrat über bestehende Mängel und Probleme zu informieren.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

6 Aufbauorganisation Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

6.1 Übertragung von Unternehmerpflichten, Beauftragungen und

Aufsichtspflichten

Mit der Gewährleistung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist entsprechend der erfolgten Übertragung von Unternehmerpflichten jede Führungskraft für Ihren Verantwortungsbereich zuständig.

Diese Aufgabenübertragung erfolgt durch die Hauptabteilung Personal und Recht in Abstimmung mit der übergeordneten Führungskraft mittels schriftlicher Übertragung von Unternehmerpflichten oder im Rahmen der Stellenbeschreibung.

Die Führungskraft hat diese Aufgabengebiete eigenverantwortlich im Rahmen der betrieblichen Regelungen und übergeordneten Anweisungen auszugestalten. Das betrifft insbesondere:

- die Analyse der Arbeitsbedingungen,
- die Festlegung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen,
- die Förderung der Mitwirkung aller Beschäftigten im Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- die Unterweisung der unterstellten Beschäftigten,
- die Planung/Beschaffung der notwendigen Sicherheitstechnik und Schutzausrüstungen
- die Sicherung und Kennzeichnung von Gefahrenstellen und Arbeitsstätten sowie
- die eigenverantwortliche Beseitigung von Mängeln (bzw. deren Veranlassung).

Sofern zentrale Vorgaben oder sicherheitstechnische Einrichtungen geschaffen wurden, obliegt der jeweiligen verantwortlichen Führungskraft die Kontrolle auf Wirksamkeit und Umsetzung/Nutzung in Ihrem Verantwortungsbereich

Für Tätigkeiten mit erhöhten Gefährdungen sind nachweisliche Berechtigungen an qualifizierte und eingewiesene Beschäftigte zu erteilen. Die Übertragung der betrieblichen Berechtigungen ist in der Richtlinie [RI Erteilung betrieblicher Berechtigungen](#) geregelt.

Bei Arbeiten im gefährlichen Umfeld (z. B. Arbeiten in Hochspannungsanlagen, Befahrung von Behältern) sind Aufsichtsführende einzusetzen. Für die Auswahl, Unterweisung und den Einsatz der Beschäftigten ist die weisungsberechtigte bzw. beauftragende Führungskraft verantwortlich. Konkrete Festlegungen diesbezüglich enthält die [RI Einsatz von Aufsichtsführenden](#).

6.2 Fachkraft für Arbeitssicherheit

Entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte u. Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV-V2) ist pro Unternehmen (mindestens) eine Fachkraft für Arbeitssicherheit (FaSi) zu beauftragen. Weiterhin kann eine leitende FaSi für das Gesamtunternehmen beauftragt werden.

Die FaSi's haben gemäß ASiG die Aufgabe, die Führungskräfte bei allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu beraten und eigenverantwortliche Kontrollen zur Umsetzung der getroffenen Maßnahmen vorzunehmen. Sie haben den Stand der Sicherheit im Unternehmen zu analysieren und Vorschläge zur Verbesserung des Sicherheitsniveaus zu unterbreiten. Bei akuten Gefahren für Gesundheit und Leben hat jede FaSi das Recht, die Arbeiten bis zur Gewährleistung der Sicherheit einstellen zu lassen.

Die FaSi's sind in der Anwendung der sicherheitstechnischen Fachkunde weisungsfrei. Die leitende FaSi übernimmt dabei eine koordinierende Funktion, die vor allem die Vereinheitlichung von Prozessen und Vorgehensweisen sowie der Standardisierung von Dokumenten dient.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

Die Beauftragung von Fachkräften für **eins energie in sachsen GmbH & Co KG** wird durch die Geschäftsführung von **eins energie in sachsen GmbH & Co.KG** gewährleistet, die Beauftragung von Fachkräften für die inetz GmbH durch die Geschäftsführung der inetz.

Dem Betriebsrat wird entsprechend dem BetrVG Mitsprache- und Vorschlagsrecht in allen Belangen der Beauftragung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit gewährt.

6.3 Sicherheitsbeauftragte

Sicherheitsbeauftragte (Sibe) sind ehrenamtliche Mitarbeiter zur Unfallverhütung in den Struktureinheiten. Die Bestellung richtet sich gemäß DGUV Vorschrift 1 „Grundsätze der Prävention“ nach der Anzahl der Beschäftigten im Bereich und dem Gefährlichkeitsgrad der Arbeiten.

Für die Beauftragung ist der/die jeweilige Hauptabteilungsleiter:in (für **eins**) bzw. Abteilungsleiter:in (für inetz) verantwortlich. Sie bedarf der Abstimmung mit der zuständigen FaSi und dem Betriebsrat. Die Beauftragung wird für beide Unternehmen in Abstimmung unter Mitwirkung der HA Personal (**eins**) vorgenommen.

Eine Übersicht der SiBe findet sich im Unternehmenshandbuch. Die Aus- und Weiterbildung der Sibe erfolgt in der Regel durch die Berufsgenossenschaft und ist durch die Führungskraft Abstimmung mit der zuständigen FaSi zu planen.

Die Sibe sind in die Organisation des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einzubeziehen. Das betrifft insbesondere die Durchführung von Begehungen und Kontrollen, das Unterbreiten von Vorschlägen und die Einbeziehung bei geplanten Maßnahmen hinsichtlich des Arbeits-, Brand- und Umweltschutzes.

6.4 Befähigte Personen

Zur fachlichen Unterstützung der Verantwortlichen und aufgrund der Zulassung für die Durchführung bestimmter Arbeiten sind im Unternehmen befähigte Personen bestellt (z. B. Befähigte Person für Aufzüge, Sachkundiger für Druckgeräte).

Die befähigten Personen sind durch die zuständige Führungskraft ebenfalls nachweislich für ihre Tätigkeit (einschl. Tätigkeitsbereich) zu beauftragen. Es gilt die [RI Erteilung betrieblicher Berechtigungen](#) .

Eine Übersicht aller Befähigten ist im Unternehmenshandbuch **eins** bzw. inetz zu finden. Diese befähigten Personen haben ein fachspezifisches Kontrollrecht, Ihnen sind alle relevanten Sachverhalte (z. B. wesentliche Änderungen) ohne Aufforderung bekannt zu machen.

6.5 Betriebsärztlicher Dienst

Für den betriebsärztlichen Dienst werden überbetriebliche, arbeitsmedizinische Dienste eingesetzt. Aufgaben, Rechte und Pflichten sind in der DGUV-V2 geregelt. Für die Erstellung und Aktualisierung des Betreuungsvertrages für **eins** und inetz ist die Hauptabteilung Personal und Recht verantwortlich. Wesentliche Änderungen bedürfen der Abstimmung mit der jeweiligen FaSi, dem Gruppenleiter Betriebssicherheitsmanagement und dem Betriebsrates. Die Zuständigkeit der bestellten Betriebsärzte für die Strukturen ist im Unternehmenshandbuch **eins** bzw. inetz dargestellt.

6.6 Arbeitsschutzausschuss (ASA)

Die Arbeitsschutzausschüsse werden auf Basis des §11 ASiG vierteljährlich durchgeführt. Teilnehmer sind die Strukturverantwortlichen, die Sibe der Struktureinheiten, die bestellten Betriebsärzte, die FaSi'S sowie Vertreter des Betriebsrates. Bei den zentralen ASA-Sitzungen werden delegierte Führungskräfte und Sicherheitsbeauftragte eingeladen. Weitere Personen (z. B. Umweltbeauftragte) oder Partner (z. B. Vertreter von Rahmenvertragsfirmen) können bei Bedarf hinzugezogen werden.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

Für die **eins** werden die Beratungen des ASA mind. einmal pro Jahr in folgenden Bereichen / Strukturen durchgeführt:

- Hauptabteilung Erzeugung
- ASA-Sitzung Arbeitskreis Gesundheit (BGM)
- Kaufmännische Bereiche (HA F, K, P, S, V und I) unter Leitung Hauptabteilungsleiter Personal und Recht,
- Zentrale ASA-Sitzung unter Leitung der Geschäftsführung (GF) (bzw. einem beauftragten Hauptabteilungsleiter)

Für inetz werden die Beratungen des ASA mind. einmal pro Jahr in folgenden Bereichen/Strukturen durchgeführt:

- Netzbetrieb Gas (NG) und Netzbetrieb Strom (NS),
- Netzbetrieb Wasser/Wärme/Abwasser (NR)
- Netzbilanz/Messung (NM), Netzplanung (NP), Netzvertrieb (NV), Netzwirtschaft (NW) und Netzführung (NF) unter Leitung AL NP
- Zentrale ASA-Sitzung unter Leitung der GF (bzw. einem beauftragten AL)

Diese Beratungen sind Bestandteil des Jahresprogramms Arbeits-, Brand- und Umweltschutz.

Mit der Durchführung und Leitung der ASA-Sitzungen ist die zuständige Führungskraft (HAL für **eins**, AI für inetz) beauftragt. Die zuständigen FaSi sind verpflichtet, die Planung und Organisation der Ausschusssitzungen zu unterstützen.

Jede Sitzung des ASA ist mit einem Beratungsprotokoll zu dokumentieren. Darin sind neben den inhaltlichen Schwerpunkten insbesondere erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (mit Termin und Verantwortlichkeit) darzustellen. Das Protokoll ist von der Leitung des ASA zu unterschreiben und an alle Teilnehmer sowie die GF und den BR auszureichen.

7 Aufgaben im Arbeits- und Gesundheitsschutz

7.1 Nutzung von Arbeitsmitteln, technischen Einrichtungen und Objekten

In den Unternehmen dürfen nur Arbeitsmittel (Am), technische Einrichtungen und Objekte genutzt werden, die den gesetzlichen Vorschriften entsprechend und ein gefahrungsfreies Arbeiten ermöglichen. Bei der Neubeschaffung oder Errichtung von Anlagen und Einrichtungen sind die aktuellen Regeln der Technik zwingend einzuhalten.

Die Beschäftigten sind nur zur Benutzung der Am und Arbeitsstätten berechtigt, die für die Realisierung der Arbeitsaufgaben erforderlich sind und für deren Nutzung sie unterwiesen bzw. beauftragt wurden. Alle Am und Einrichtungen sind vor Benutzung augenscheinlich zu prüfen. Sie dürfen bei Sicherheitsmängeln nicht in Betrieb genommen werden und sind einer Reparatur/Instandsetzung zuzuführen.

Auftretende Mängel sind unverzüglich abzustellen bzw. einer Abstellung zuzuführen. Bei unmittelbaren Gefahren ist die Anlage bzw. das Betriebsmittel sofort stillzusetzen.

Das Mitbringen und Nutzen/Betreiben neuer privater ortsveränderlicher elektrischer Geräte ist ebenfalls verboten. Nur im begründeten Ausnahmefall kann eine Genehmigung durch die zuständige Führungskraft zusammen mit dem/der zuständige/n Objektverantwortliche:n erteilt werden. Ohne eine gesonderte Genehmigung dürfen Ladegeräte von privaten elektronischen Kommunikationsgeräten (z.B. Handys, Smartphones, Laptops, Tablets, ...) betrieben werden, sofern diese mängelfrei und geprüft sind. Regelungen zu Ladegeräten finden sich in der [RI Prüfen von elektrischen Anlagen und Betriebsmitteln](#).

Generell dürfen ungeprüfte Geräte - egal woher - niemals betrieben werden.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

7.2 Gefährdungsbeurteilungen Arbeitsmittel und Arbeitsstätten

Vor dem Einsatz der Am ist durch die zuständige Führungskraft eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen, in der die Bedingungen für den sicheren Umgang sowie erforderliche Prüfungen (Prüfberechtigung, -zyklen) festgelegt sind. Für gleichartige Am unter vergleichbaren Nutzungsbedingungen können Gruppenbeurteilungen erstellt werden. Die in der Beurteilung festgelegten Sicherheitsmaßnahmen sind bei der Nutzung zwingend zu beachten. Es ist die Datenbank „Gefährdungsbeurteilungen E-I-M“ zu nutzen. Begründete Ausnahmen sind mit der zuständigen FaSi und dem Gruppenleiter Betriebssicherheitsmanagement vorher abzustimmen, freigeben zu lassen und detailliert zu besprechen.

Für überwachungsbedürftige Anlagen (üA) gemäß ProdSG (z. B. Aufzüge, Druckbehälter) ist eine detaillierte Gefährdungsbeurteilung gemäß den Vorgaben der BetrSichV erforderlich, in der ebenfalls die Prüfberechtigungen und –zyklen für die Anlage festgelegt werden. Ergibt sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass die wiederkehrenden Prüfungen der üA von einer zugelassenen Überwachungsstelle (zÜS) durchgeführt werden müssen, so ist auch diese Bewertung mit der zÜS abzustimmen. Diese Gefährdungsbeurteilungen sind durch die anlagenverantwortliche Führungskraft so vorzuhalten, dass eine Übersicht aller überwachungsbedürftigen Anlagen gewährleistet und eine Kontrolle der Dokumente möglich ist.

Für jede Arbeitsstätte und insbesondere vor deren Nutzungsaufnahme, Umbau oder Umnutzung ist eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen bzw. zu aktualisieren. Für die Durchführung ist die mit der Nutzungsaufnahme/Umbau/Umnutzung beauftragte Führungskraft zuständig. Sie hat dazu die zuständige FaSi und ggf. den betriebsärztlichen Dienst einzubeziehen. Die Durchführung und der Nachweis erfolgt intern mit Hilfe der Datenbank „Arbeitsstätten“. Für die Bewertung des baulichen und anlagentechnischen Brandschutzes sind weitere Vorgaben zu beachten.

7.3 Gefährdungsbeurteilungen Arbeitsplätze und Tätigkeiten

Alle Arbeitsplätze sind gemäß ArbSchG, ArbMedVV und MuSchG (u.a. §10) bezüglich der Gefährdungen bei allen Tätigkeiten des Arbeitsplatzes zu bewerten. Die Durchführung und der Nachweis erfolgt intern mit Hilfe der Datenbank „Arbeitsplatzanalysen E-I-M“ stellenplanbezogen. Begründete Ausnahmen sind mit der zuständigen FaSi und dem Gruppenleiter Betriebssicherheitsmanagement vorher abzustimmen, freigeben zu lassen und detailliert zu besprechen.

Für die Erstellung und regelmäßige Überprüfung/Aktualisierung der Beurteilungen ist die jeweilige Führungskraft verantwortlich. Für die Bewertung der einzelnen Sachverhalte sollte die zuständige FaSi, der Betriebsarzt sowie weitere Fachbeauftragte hinzugezogen werden. Die Freigabe der Beurteilungen erfolgt bei der **eins** durch den jeweiligen HAL oder AL und bei der inetz durch den jeweiligen AL.

Für die Beurteilung nach MuSchG muss bewertet werden, ob sich aus dem Arbeitsumfeld Gefährdungen für schwangere bzw. stillende Frauen oder ihr Kind ergeben können. Es ist zu ermitteln, ob der Arbeitsplatz für schwangere oder stillende Mütter geeignet, ungeeignet oder nur bedingt geeignet ist. Im Falle der bedingten Eignung eines Arbeitsplatzes ist eine gesonderte Bewertung im Einzelfall erforderlich. Erforderliche Schutzmaßnahmen auf Grundlage der Arbeitsplatzanalyse sind unverzüglich nach Mitteilung der Frau, dass sie schwanger ist oder stillt, umzusetzen. Des Weiteren ist der Frau ein Gespräch über weitere Anpassungen ihrer Arbeitsumgebungen anzubieten.

Pflicht- und Angebotsvorsorgen ergeben sich in Abhängigkeit vom Grad der konkreten Gefährdung/Beeinträchtigung und sind in der [RI Arbeitsmedizinische Vorsorge](#) konkretisiert. Eignungsuntersuchungen sind in der [RI Eignungsuntersuchungen](#) geregelt. Für Alleinarbeit gelten die Regelungen der [OA Gefährdungsanalyse für Alleinarbeitsplätze](#).

7.4 Technologien und Arbeitsmittel mit erhöhter Gefährdung

Beispiele für Technologien und Am mit erhöhter Gefährdung:

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

- Medienleitungen mit gefährlichen Eigenschaften z. B. Säuren, Dampf, Gas, Druck,
- Schweißarbeiten und andere thermische Verfahren in brand-/ex.-gefährdeten Anlagen,
- Arbeiten im Zusammenhang mit Bio-Stoffen (z. B. Abwasser, EBS),
- Arbeiten in engen Gruben oder Behältern sowie im Gleisbereich,
- Arbeiten in Lärmbereichen,
- Arbeiten unter Absturzgefahr (z. B. bei vorgeschriebener Nutzung von Fallschutzmitteln),
- Arbeiten unter Spannung oder in der Nähe von Hochspannungsleitungen (Abstand < 5m),
- Arbeiten im Zusammenhang mit radioaktiven Stoffen;

Mit solchen Tätigkeiten und Am dürfen nur Beschäftigte betraut werden, die über eine ausreichende Qualifikation und Berufserfahrung verfügen sowie zu den spezifischen Verfahren gesondert unterwiesen wurden. Diese Unterweisung muss mindestens einmal jährlich wiederholt werden.

Einzelarbeitsplätze zur Durchführung gefährlicher Arbeiten sind nicht zulässig. Ausnahmen können gestattet werden, wenn in einer Gefährdungsbeurteilung ein geringes Gefahrenpotential im speziellen Fall nachgewiesen und ausreichende Maßnahmen zur Notfallvorsorge und zur Erste Hilfe gesichert sind. Konkrete Anforderungen sind in der [OA Gefährdungsanalyse für Alleinarbeitsplätze](#) fixiert.

Das Befahren von Behältern oder engen Räumen (z. B. unterirdische Anlagen des Abwassernetzes, geschlossene Speicherbehälter) bedürfen einer Befahrerlaubnis des Anlagenbetreibers. Diese Erlaubnis ist objektbezogen zu erteilen und muss die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für die gefahrlose Arbeitsdurchführung enthalten.

7.5 Umgang mit Gefahrstoffen

Grundsätzlich besteht das Ziel, den Einsatz von Gefahrstoffen im Unternehmen zu vermeiden. Diese Festlegung gilt uneingeschränkt für alle Stoffe mit gesetzlichen Anwendungsverböten. Die Beschaffung von Gefahrstoffen erfolgt über den Einkauf der eins. Dabei ist bei neuen Gefahrstoffen nachzuweisen, dass der Einsatz von ungefährlichen Substituten geprüft wurde.

Ist die Substitution von Gefahrstoffen nicht möglich, muss deren Einsatz im Rahmen einer Gefahrstoff-Gefährdungsbeurteilung bewertet werden. Bei dieser Bewertung sind alle Tätigkeiten (einschl. Lagerung und Transport) hinsichtlich der Gefährlichkeit des Stoffes, der Stofffreisetzung und der möglichen Gefahrstoffaufnahme zu bewerten und die erforderliche Schutzstufe für den Umgang festzulegen. Es ist die Datenbank „Gefahrstoffe E-I-M“ zu nutzen. Nach Feststellung der erforderlichen Schutzstufe sind alle Maßnahmen für eine gefahrungsfreie Arbeit abzuleiten. Begründete Ausnahmen sind mit der zuständigen FaSi und dem Gruppenleiter Betriebssicherheitsmanagement vorher abzustimmen, freigeben zu lassen und detailliert zu besprechen. Es gilt die [RI Beschaffung von Gefahrstoffen und von Persönlichen Schutzausrüstungen \(PSA\)](#)

Ein gefahrungsfreies Arbeiten ist gesichert, wenn Gefahrstoffkonzentrationen am Arbeitsplatz unterhalb der gültigen Grenzwerte (z. B. Arbeitsplatzgrenzwert [AGW], Biologischer Grenzwert [BGW]) gewährleistet werden kann. Ist die Einhaltung der Grenzwerte nicht sicher möglich, sind verfahrensspezifische Festlegungen und/oder die Anwendung von PSA festzulegen und die betreffenden Beschäftigten in eine regelmäßige arbeitsmedizinische Vorsorge einzubinden.

Das Gefahrenpotential und alle erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sind vor Aufnahme der Arbeiten in der Betriebsanweisung gem. § 14 GefStoffV darzustellen und am Arbeitsplatz bekannt zu machen. Die betreffenden Beschäftigten sind über den Inhalt der BA vor Beginn der Arbeiten und mindestens jährlich nachweislich zu unterweisen. Für die Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen ist die zuständige Führungskraft verantwortlich.

Vorgaben und Informationen für Umgang mit Asbest (ASI-Arbeiten) und Künstlichen Mineralfasern (KMF) sind in den Organisationsanweisungen [OA Umgang mit Asbest - Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten \(ASI-Arbeiten\)](#) und [OA Umgang mit KMF \(künstliche Mineralfasern\)](#) geregelt.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

7.6 Sicherheits- und Schutzausrüstungen

Sicherheitseinrichtungen (z. B. Haupt- o. Notschalter, Augen- o. Notduschen) sowie Sicherheits-Kennzeichnungen (Ver- und Gebote, Warnbeschriftung), sind stets frei zugänglich und funktionsfähig bzw. gut sichtbar zu halten und mindestens jährlich bezüglich ihrer Funktion nachweislich zu überprüfen.

Für technische Schutzausrüstungen (z. B. Gasmessgeräte) ist durch die zuständige Führungskraft eine schriftliche Anweisung (z.B. Betriebsanweisung) zum sicheren Umgang zu erstellen und abzusichern, dass sie den spezifischen Anforderungen entsprechend ständig einsatzbereit sind. Weiterhin ist zu sichern, dass die betreffenden Beschäftigten jährlich zum sachgerechten Umgang nachweislich unterwiesen werden und die erforderlichen Nutzungsvoraussetzungen besitzen.

7.7 Vorsorgemaßnahmen

7.7.1 Arbeitsmedizinische Vorsorge

Konkrete Festlegungen zu den Arten der Vorsorgemaßnahmen und der betrieblichen Organisation enthält die Richtlinie [RI Arbeitsmedizinische Vorsorge](#). Das Erfordernis und die Organisation von Eignungsuntersuchungen nach Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) sind in der Richtlinie [RI Eignungsuntersuchungen](#) definiert. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, Vorsorgemaßnahmen auf Wunsch der Beschäftigten durchzuführen, sofern die ausgeübte Tätigkeit mit entsprechenden Beeinträchtigungen/Risiken verbunden ist und/oder gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Einschränkung der Leistungsfähigkeit /Belastbarkeit geführt haben.

7.7.2 Persönliche Schutzausrüstung (PSA)

PSA sind gemäß ArbSchG immer nachrangig einzusetzen und dienen der Vermeidung von Unfällen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen, wenn sich Gefährdungen bei der Arbeitsdurchführung nicht durch technische oder organisatorische Maßnahmen mit vertretbarem Aufwand beseitigen lassen.

Die gesetzliche Grundlage zum Umgang bildet die „PSA-Benutzungsverordnung“. Detaillierte Festlegungen zur innerbetrieblichen Organisation sind in der Richtlinie RI.AS.0204 „Bereitstellung und Nutzung von Persönlicher Schutzausrüstungen sowie speziellen persönlichen Arbeitshilfen“ enthalten.

7.7.3 Lärmschutz/Lärmkataster

Beim Betrieb von Anlagen und Arbeitsmitteln mit erhöhtem Schallleistungspegel sind die Gefahrenbereiche gem. Lärm-/VibrationsArbSchV messtechnisch zu erfassen und bei Überschreitung der gesetzlichen Grenzwerte in das betriebliche Lärmkataster aufzunehmen. Mit diesen Messungen dürfen nur sachkundige Personen beauftragt werden. Sie sind von dem/der Betreiber:in der Anlage oder des Am zu veranlassen und zu organisieren sowie vom Durchführenden der Messung mittels Protokoll zu belegen. Die Protokolle sind zur Einpflege in das Lärmkataster der zuständigen FaSi zeitnah zu übergeben.

Die Zugänge zu den Bereichen mit gesundheitsgefährdenden Schallpegeln sind mit dem Gebotsschild M003 „Gehörschutz benutzen“ gem. ASR A 1.3 „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“ zu kennzeichnen. Durch den Anlagenverantwortlichen sind für die tätigen Mitarbeiter:innen in den Lärmbereichen geeignete Gehörschutzmittel bereitzustellen.

7.7.4 Verbot von Alkohol und Rauschmitteln, Nichtraucherchutz

Die objekt- oder tätigkeitskonkreten Festlegungen zum Verbot von Alkohol und Rauschmitteln sind in den Richtlinien zur Ordnung und Sicherheit (Objektordnungen) sowie in der Richtlinie [RI Alkohol- und Rauschmittelverbot](#)

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

geregelt. Alle Beschäftigten sind nachweislich und wiederholend über verhängte Verbote zu unterweisen.

Das Arbeiten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss kann zu erheblichen materiellen, ideellen oder Personenschäden führen und sollte grundsätzlich unterlassen werden. Das gilt insbesondere bei gefährlichen Arbeiten sowie bei Überwachungstätigkeit in Leitwarten und Steuerständen.

Bei begründetem Verdacht, unter Einfluss von Suchtmitteln zu stehen, ist dem Betreffenden die Möglichkeit zu geben, zu seiner Entlastung einen Nachweistest (z. B. Prüfröhrchen) durchzuführen. Bei positivem Testergebnis ist der/die Beschäftigte von seinem Arbeitsplatz zu entfernen. Das Gleiche gilt, wenn der/die Beschäftigte sich weigert, den Test durchführen zu lassen.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen (ArbStättV) sind alle Beschäftigte wirksam vor den Gesundheitsgefahren von Tabakrauch zu schützen. Bei Erfordernis hat die zuständige Führungskraft entsprechende Rauchverbote auszusprechen. Für die Einrichtung von Raucherinseln gelten gesonderte Festlegungen zum Thema Brandschutz.

7.8 Verkehrssicherungspflicht

Die Verkehrssicherungspflicht gemäß BGB ergibt sich beim Einsatz von Beschäftigten anderer Abteilungen und Fremdfirmen in den betrieblichen Objekten bzw. Anlagen.

Der/die Anlagenverantwortliche/Betreiber:in hat die Verpflichtung, allen Beschäftigten ein gefahrungsfreies Arbeiten zu ermöglichen und bei den Gefährdungsbeurteilungen der Auftragnehmer mitzuwirken.

Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht kommt es insbesondere auf die Auswahl von geeigneten Beschäftigten und Firmen, die Sicherung gefährlicher Anlagen (z. B. durch Freischaltung), die konkrete Einweisung in die Objekte/Anlagen, den nachweislichen Hinweis auf bestehende Gefahrenpotentiale (z. B. im Rahmen der Arbeitserlaubnis) und die Kontrolle der durchgeführten Arbeiten an. Diese Kontrolle dient der Vergewisserung, dass die Beschäftigten die erhaltene Unterweisung verstanden haben. Sie erfolgt schwerpunktmäßig zur Absperrung der Gefahrenstellen, zur Erhaltung erforderlicher Sicherheitstechnik, zur Abstimmung mit anderen Beteiligten und zum sachgerechten Verhalten der Beschäftigten im Objekt bzw. an den Anlagen.

Die Zugänge zu technischen Anlagen und Gefahrenbereichen sind wirkungsvoll gegen Zutritt von Unbefugten zu sichern! Die Sicherungsmaßnahmen sind dem Gefährdungsgrad anzupassen. „Flutterband“ ist generell kein geeignetes Mittel zur Gefahrstellensicherung!

Für die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht sind grundsätzlich die Führungskräfte verantwortlich, in dessen Auftrag die Arbeiten durchgeführt werden. Auf Baustellen übernimmt in der Regel der/die bestellte Baubetreuer:in die Verkehrssicherungspflicht.

Parallel dazu haben die Objekt- oder Anlagenverantwortlichen eine allgemeine Verpflichtung zur regelmäßigen Überwachung der Fremdfirmen in ihrem Verantwortungsbereich.

7.9 Unterweisungen

Grundlage für die Unterweisungen bilden die gesetzlichen Vorschriften, die Unfallverhütungsvorschriften und alle innerbetrieblichen Regelungen. Nach Möglichkeit sind die Unterweisungen durch praktische Übungen oder Medien (z. B. Filme) zu ergänzen bzw. spezielle strukturübergreifende Angebote (wie z. B. Verkehrsteilnehmerschulung) zu nutzen.

Unterweisungen der Beschäftigten sind entsprechend der [RI Unterweisungsmanagement](#) durchzuführen. Die Beschäftigten sind zur Teilnahme an den Unterweisungen verpflichtet. Diese ist bei Abwesenheit nach deren Rückkehr unverzüglich nachzuholen.

Für die Unterweisungen ist durch die zuständige Führungskraft ein Jahresplan aufzustellen, in dem alle Unterweisungsthemen aufgelistet und zeitlich geplant werden (Was?, Wer?, Wann?). Sie kann sich durch die zuständige FaSi als auch andere Beauftragte wie Brand- und Explosionsschutzbeauftragte, Betriebsärzte, usw. beraten lassen.

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

Die gesetzlich geforderten Unterweisungen müssen mindestens jährlich durchgeführt werden. Eine Abweichung / Friständerung kann unter Zustimmung der zuständigen FaSi bzw. der jeweiligen Fachbeauftragten (z.B. Strahlenschutzbeauftragter, Brandschutzbeauftragter, usw.) und Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung zur Darlegung der Abweichung ermöglicht werden. Die Unterweisung zu Sachverhalten mit erhöhten Unfall-, Brand- oder Gesundheitsgefahren (z. B. Umgang mit Gefahrstoffen, Arbeiten in Ex-Zonen oder Lärmbereichen) ist immer mindestens jährlich durchzuführen. Bei Bedarf kann die zuständige Führungskraft Unterstützung durch betriebliche Fachbeauftragte und die FaSi's abfragen.

7.10 Erste Hilfe und Maßnahmen bei Unfällen Arbeitsunfälle

7.10.1 Gewährleistung Erste Hilfe

Das Unternehmen verpflichtet sich, alle notwendigen Voraussetzungen zur Gewährleistung von lebensrettenden Sofortmaßnahmen und zur Ersten Hilfe bereitzustellen. Dazu werden insbesondere die Möglichkeiten zur Absetzung eines Notrufes und die Bereitstellung von Erste-Hilfe-Materials gesehen.

Es gilt die [OA Erste Hilfe](#). Die Beschäftigten sind zur aktiven Mitwirkung im Rahmen ihrer Möglichkeiten verpflichtet wie z.B. das Absetzen von Notrufen in Gefahrensituationen, die Durchführung von lebensrettenden Sofortmaßnahmen, die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit als Ersthelfer und die zweckentsprechende Nutzung von Ausrüstungen und Einrichtungen zur Alarmierung.

7.10.2 Unfallereignisse und Berufskrankheiten

Jede/r Beschäftigte hat die Pflicht, alle Unfälle und Verletzungen auf Arbeit oder dem Arbeitsweg unverzüglich seiner Führungskraft zu melden. Es gelten die Regelungen der [OA Unfallereignisse und Berufskrankheiten](#).

Für alle Unfallereignisse ist das sog. online-Verbandbuch in SAP Personalportal zu nutzen. Alle BG-meldepflichtigen Unfälle oder Berufskrankheiten sind generell durch das Unternehmen fristgerecht der zuständigen Berufsgenossenschaft zu melden. Die Einhaltung der Meldewege und -fristen ist eine Voraussetzung für die Gewährleistung/Erhaltung des Versicherungsschutzes.

7.10.3 Untersuchung von Unfällen und besonderen Vorkommnissen

Alle Unfälle, arbeitsbedingten Erkrankungen und besonderen Ereignisse sind bezüglich ihrer Ursachen durch die Führungskraft (unter Einbeziehung der Sibe des Bereiches sowie der zuständigen FaSi) zu untersuchen und in deren Auswertung Maßnahmen zur Vermeidung gleichartiger Ereignisse einzuleiten. Die Regelungen der [OA Unfallereignisse und Berufskrankheiten](#) sind zu beachten und die vorgegebenen Formblätter zu verwenden.

Auch besondere Vorkommnisse (z. B. Störungen an Überwachungsbedürftigen Anlagen, schadens- o. verschleißbedingte Ausfälle von technischen Anlagen, Beinahe-Unfälle) sind - ohne gesonderte Aufforderung - durch den/die Anlagen- oder Objektverantwortliche/n der FaSi und der zuständigen befähigten Person (bei überwachungsbedürftigen Anlagen) innerhalb von 72 Stunden mitzuteilen.

7.11 Dokumentation

Sollten betriebs- oder objektspezifische Festlegungen zu Verantwortlichkeiten oder Handhabungen erforderlich sein, ist die jeweilige Führungskraft für die Erstellung und Aktualisierung solcher Regelungen zuständig.

Betriebsanweisungen für den Umgang mit Gefahrstoffen/Biostoffen, für die Anwendung gefährlicher Technologien und Arbeitsmittel sowie Befahrerlaubnisse dienen der Information zu den objektiven Gefahren und Festlegung von notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort und sind im Arbeitsbereich auszuhängen

Hinweis: Die Druckversion unterliegt nicht dem Änderungsdienst!

bzw. am Arbeitsort vorzuhalten. Für die Erstellung, Aktualisierung und Bekanntgabe/Unterweisung ist die zuständige Führungskraft verantwortlich. Sie kann sich durch die zuständigen FaSi's beraten lassen.

8 Zusammenarbeit mit den Aufsichtsorganen

Als Aufsichtsorgane im Arbeits- und Gesundheitsschutz sind die Landesdirektion Sachsen, Abteilung Arbeitsschutz sowie die Aufsichtspersonen der BG ETEM zuständig. Die Aufsichtsorgane sind berechtigt, Hinweise oder Auflagen zur sicheren Betriebsführung zu erteilen, Betriebsbegehungen durchzuführen und Einsichtnahme in betriebliche Dokumente zu erhalten. Das Unternehmen ist um eine enge und kooperative Zusammenarbeit mit den Aufsichtspersonen bemüht. Ihnen ist der Zutritt zu den Objekten/Anlagen und die Einsichtnahme in sachbezogene Dokumente zu gewähren.

Bei planmäßigen Begehungen ist die Mitwirkung der zuständigen Führungskraft und der FaSi zu sichern, an unplanmäßigen Kontrollen und bei Verhinderung der Vorgenannten ist zumindest die Teilnahme einer anlagenkundigen Führungskraft zu sichern. Vor der Objektbegehung sind die Beamten durch den/die Anlagenkundige/n bezüglich der grundsätzlichen Sicherheitsvorgaben zu unterweisen.

Generell ist aller Schriftverkehr zu Belangen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes mit den Aufsichtsorganen mit der zuständigen FaSi abzustimmen oder zumindest in Kopie zur Kenntnis zu geben. Die Bearbeitung von Mängelprotokollen ist unter strenger Terminkontrolle zu halten und die Antwortschreiben sind vom zuständigen HAL (für eins)/AL (für inetz) zu unterschreiben.

9 Prozessverantwortung

PERSONAL UND RECHT P für G

10 Inkraftsetzung/Außerkraftsetzung

Dieses Dokument tritt mit Freigabe in Kraft.

Die Zustimmung des Betriebsrates zu diesem Dokument im Rahmen der Mitbestimmungsrechte und zu ihrer Inkraftsetzung wurde erteilt durch:

Beschluss - Nr.: 131118/287

gez. Betriebsrat